

II-10787 der Beilagen zu den Stenografischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 530513

1993-07-15

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Haider, Dr. Partik-Pablé, Haller
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Begleitmaßnahmen zum Bundespflegegeldgesetz

Entgegen der im Arbeitsübereinkommen der Koalitionsparteien gemachten Versprechungen und der Vereinbarung zwischen Bund und Ländern wurden bisher keine Maßnahmen gesetzt, um die Absicherung und die Klärung der rechtlichen Stellung der Pflegepersonen voranzutreiben. Derartige Maßnahmen sind aber dringend erforderlich, um eine sinnvolle und gesetzeskonforme Anwendung des Pflegegeldes zu ermöglichen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

1. Werden Sie anlässlich der nächsten Steuerreform Maßnahmen vorschlagen, die die steuerliche Neutralität von Einkünften aus der Pflege, soweit sie aus dem Pflegegeld finanziert werden, vorsehen?
2. Wenn nein, warum halten Sie eine solche Maßnahme angesichts des im Vergleich zu den Kosten einer Pflege sehr niedrigen Pflegegeldes nicht für erforderlich, um mehr Menschen zu einer Tätigkeit in diesem Bereich zu animieren?
3. Wenn ja, wie wird eine solche Regelung vermutlich aussehen und in welcher Höhe sollte die Höchstgrenze je Betreuungsfall liegen?

Wien, am 15. Juli 1993